Deutscher Bundestag
4. Wahlperiode

Drucksache IV/1884

Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die

110. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 5. Februar 1964

111. Sitzung des Deutschen Bundestages am Freitag, dem 7. Februar 1964

I. Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

Abgeordnete **Frau Dr. Diemer-Nicolaus** — Hält die Bundesregierung die bisherige gesetzliche Regelung über die vergleichende Werbung für ausreichend?

II. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung

II. 1. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)** — Wie verteilen sich die aus Bund, Land und ggf. anderen öffentlichen Mitteln bis 1963 in den sozialen Wohnungsbau geflossenen Gelder zum Aufbau von Eigenheimen, von privaten Mehrfamilienbauten und von Bauten der genossenschaftlichen Bauträger?

II. 2. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)** — Wie weit haben die unter Frage II/1 genannten Bauträger jeweils von der Möglichkeit der vorzeitigen Rückzahlung Gebrauch gemacht?

III. Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

III. 1 Abgeordneter **Dröscher** — Was tut die Bundesregierung, um den deutschen Geschädigten der BRANDARIS-Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherungs-Affäre endlich zu ihrem Recht zu verhelfen, nachdem die Anspruchsberechtigten nun schon mehr als drei Jahre auf die Erstattung vorgelegter Beträge warten müssen?

III. 2. Abgeordneter **Dr. Dr. h. c. Friedensburg *)** — Glaubt es die Bundesregierung verantworten zu können, sehr erhebliche Beträge an Entwicklungshilfe für Indonesien zu zahlen, wenn die Politik dieses Landes ständig die Umwelt in Unruhe versetzt und den Weltfrieden gefährdet, wenn die Regierung dieses Landes Eigentum und Sicherheit der dort tätigen ausländischen Personen und Unternehmen nicht respektiert und wenn die zu fördernden Maßnahmen weder dringlich noch nach strengen wirtschaftlichen Maßstäben zweckmäßig sind?

---

*) *Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, 5201 Buisdorf Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 63551

III.	3. Abgeordneter **Dr. Dr. h. c. Friedensburg *)**	Beabsichtigt die Bundesregierung weiterhin, an Länder, die die Absicht verkünden, die Lebensgrundlagen des Staates Israel durch Unbrauchbarmachung des Jordanwassers zu gefährden, Entwicklungshilfe zu leisten und damit das unheilvolle, den Weltfrieden bedrohende Vorhaben dieser Länder zu unterstützen?
III.	4. Abgeordneter **Dr. Kanka**	Unter welchen Voraussetzungen und mit welchen Beschränkungen wird Nationalchinesen aus Taiwan für den Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland ein Visum erteilt?
III.	5. Abgeordneter **Dr. Kanka**	Hält die Bundesregierung es für richtig, daß einer aus Nationalchina — Taiwan — stammenden jungen, gesunden und gut beleumundeten Chinesin zuerst von der deutschen konsularischen Vertretung in Hongkong das Visum für einen länger als drei Monate dauernden Aufenthalt im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, während dessen sie dort auch arbeiten wollte, mit der Begründung versagt wurde, Visa für einen solchen Aufenthalt würden nur Angehörigen der EWG-Länder erteilt, und daß der gleichen Antragstellerin dann von der deutschen konsularischen Vertretung in Wien auch ein Visum, mit dessen Hilfe sie studieren wollte, abgelehnt wurde; dieses Mal mit der Begründung, sie wolle offenbar doch nur einem Arbeitsverdienst nachgehen?
III.	6. Abgeordneter **Dr. Mommer**	Was steht nach Meinung der Bundesregierung im Wege, das in Artikel 138 des EWG-Vertrages dem Mitgliedstaat überlassene Verfahren zur Ernennung seiner Mitglieder im Europäischen Parlament aus der Mitte des Bundestages so festzulegen, daß die gleichzeitig mit der Wahl in den Bundestag auf einer europäischen Liste gewählten 36 Abgeordneten in das Europäische Parlament entsandt werden?
III.	7. Abgeordneter **Dr. Mommer**	Wird der Herr Bundeskanzler mit Initiativen zur politischen Einigung Europas bis zur Beratung dieser Probleme mit den Regierungen Belgiens und der Niederlande warten?

IV. Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

IV.	1. Abgeordneter **Dr. Dittrich**	Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß der Betriebssport eine dienstliche Veranstaltung im Sinne des § 135 Abs. 2 Nr. 3 BBG ist, wenn er die vom Bundessozialgericht im Urteil vom 28. November 1961 — 2 RV 130/59 — für die Anwendung der RVO nötigen Merkmale trägt, so daß die Beamten, die dabei einen Unfall erleiden, Anspruch auf Unfallfürsorge nach Abschnitt V Nr. 5 BBG haben?

*) *Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

IV.	2. Abgeordneter **Jahn**	Für welche Gebiete plant die Bundesregierung, Änderungen des Grundgesetzes in dieser Wahlperiode vorzuschlagen?
IV.	3. Abgeordneter **Varelmann**	Sind die Unterschiede in der Besoldung der Steuerbeamten in den einzelnen Ländern sehr erheblich?
IV.	4. Abgeordneter **Dr. Kanka**	Hält die Bundesregierung es für richtig, daß in ausländische Pässe für ausländische Studenten, die eines deutschen Visums bedürfen und während ihres Aufenthalts im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland einmal an einer Demonstration gegen ihre Regierung teilgenommen haben, nur wegen dieser einmaligen Handlung von deutschen Ausländer-Polizeibehörden Vermerke (z.B. daß dem Paßinhaber politische Betätigung im Raum der Bundesrepublik Deutschland nicht erlaubt sei) eingetragen werden, die Behörden und Vertretungen des Heimatstaates jener ausländischen Studenten den Schluß auf deren Teilnahme an der Demonstration mindestens nahelegen?
IV.	5. Abgeordneter **Fritsch**	Ist die Bundesregierung bereit, mit der CSSR darüber zu verhandeln, die früheren Grenzübergänge bei Furth im Wald, Eisenstein und Haidmühle wieder zu eröffnen?

V. Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

V.	1. Abgeordneter **Schmidt (Kempten)**	Wann ist damit zu rechnen, daß die Bundesregierung einen Gesetzentwurf über die Aufhebung der Baulandsteuer (Grundsteuer C) vorlegt?
V.	2. Abgeordneter **Varelmann**	Ist in der Bundesrepublik Deutschland in Zukunft die Finanzverwaltung unter Berücksichtigung der natürlichen und außergewöhnlichen Abgänge von Beamten ausreichend gesichert?
V.	3. Abgeordneter **Memmel**	Ist der Bundesregierung das Urteil des Bundesfinanzhofes München (Az. VI 282/62 U) bekannt, das einem im Konkubinat lebenden Steuerpflichtigen für den Unterhalt seiner Konkubine und deren zwei nicht von ihm stammenden Kinder Steuerermäßigung zubilligt?
V.	4. Abgeordneter **Memmel**	Ist der Bundesregierung das Urteil des Bundesfinanzhofes München bekannt (Az. VI 112/59 S), das in seinem Leitsatz Einkünfte aus „Geschlechtsverkehr gegen Entgelt" für einkommensteuerfrei erklärt und damit einer Witwe die neben ihrer Witwenpension solcherart bezogenen 92 000 DM Nebeneinkünfte steuerfrei beläßt?

V. 5. Abgeordneter **Memmel**

Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, durch Änderung des Einkommensteuergesetzes oder der Richtlinien die in Fragen V/3, 4 geschilderten Mißstände zu beseitigen und damit in Zukunft solche Urteile zu verhindern?

V. 6. Abgeordneter **Glüsing (Dithmarschen)**

Wie hoch ist die Lastenausgleichssumme, die die deutsche Landwirtschaft jährlich zu zahlen hat?

V. 7. Abgeordneter **Glüsing (Dithmarschen)**

Teilt die Bundesregierung den Standpunkt, daß der Lastenausgleich, den die deutsche Landwirtschaft zu zahlen hat, im Vergleich mit den anderen Mitgliedsländern der EWG praktisch einer Sondersteuer gleichkommt und damit eine echte Wettbewerbsverzerrung darstellt?

V. 8. Abgeordneter **Glüsing (Dithmarschen)**

Ist die Bundesregierung bereit, im Zuge der Beseitigung der Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der EWG den Lastenausgleich der deutschen Landwirtschaft aus allgemeinen Etatsmitteln dem Lastenausgleichsfonds zuzuführen, damit dieser Fonds absolut nicht geschmälert wird?

V. 9. Abgeordneter **Dr. Wuermeling**

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die vom Bundesfinanzminister geplanten Steuersenkungen die volle Anpassung des seit März 1959 stagnierenden Kindergeldes an die mehr als 50% betragende Erhöhung der Durchschnittsbruttowochenverdienste der Industriearbeiter und des Sozialprodukts nicht gefährden dürfen?

V. 10. Abgeordneter **Dr. Wuermeling**

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die geplanten Steuersenkungen die Finanzierung des vom Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung vom 18. Oktober 1963 ausdrücklich als vordringlich proklamierten (realen) Ausbaus des Familienlastenausgleichs (über die Anpassung hinaus) nicht unmöglich machen dürfen?

V. 11. Abgeordneter **Dr. Wuermeling**

Wie vereinbart sich die mir vom Herrn Bundesfinanzminister in der Fragestunde am 6. November 1963 gegebene Zusicherung, daß in den Dringlichkeitsvorstellungen der Bundesregierung „die Familie nicht an letzter Stelle stehen wird", mit der 14 Tage danach bekanntgegebenen Haushaltsplanung der Bundesregierung, derzufolge gerade die damals von mir erörterte Anpassung des Kindergeldes an die Lohn- und Preisentwicklung erst nach sämtlichen anderen Anpassungen, also doch „an letzter Stelle" in Kraft treten soll?

V. 12. Abgeordneter **Dr. Poepke**

Billigt der Herr Bundesfinanzminister die Grundgedanken des Artikels „Die direkten und indirekten öffentlichen Leistungen für

		Familien mit Kindern" des Finanzberichtes 1964, insbesondere die der Einleitung auf Seite 147?
V. 13.	Abgeordneter **Dr. Poepke**	Anerkennt der Herr Bundesfinanzminister die Höhe der im Finanzbericht 1964 bezeichneten öffentlichen Leistungen für Familien mit Kindern, deren Summe auf Seite 158 mit 24 380 Millionen DM beziffert wird?
V. 14.	Abgeordneter **Bauer (Würzburg)**	Wie vielen Zollämtern im Bereich der Bundesrepublik droht für 1964 die Auflösung?
V. 15.	Abgeordneter **Bauer (Würzburg)**	Für wieviel Zollämter wird im Bereich der Oberfinanzdirektion Nürnberg eine Auflösung erwogen?

VI. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

VI. 1.	**Abgeordneter Seibert**	Trifft eine Meldung der „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 24 Dezember 1963 zu, daß der Herr Bundeswirtschaftsminister kaum noch mit einer Abschaffung der Preisbindung der zweiten Hand rechne, sondern eher mit einer Verschärfung der Voraussetzungen für die Zulassung und den rechtsgültigen Bestand (Lückenlosigkeit) der Preisbindung?
VI. 2.	Abgeordneter **Seibert**	Welche entscheidenden Gründe haben die Bundesregierung veranlaßt, neuerdings die in Frage VI/1 geschilderte Haltung einzunehmen, nachdem sie im Kartellbericht vom 22. August 1962 eindeutig für die Beseitigung der Preisbindung eingetreten war und der Bundeskanzler in seiner Regierungserklärung vom 18. Oktober 1963 ausdrücklich erklärte, die Bundesregierung sehe keine Veranlassung, in der Beurteilung der Preisbindung von dem Kartellbericht abzuweichen?
VI. 3.	Abgeordneter **Dr. Ramminger**	Was gedenkt die Bundesregierung zu tun gegen die stetig anwachsenden Einfuhren von Herrenwäsche und Strickbekleidung aus Hongkong, die zur Existenzbedrohung von Textilbetrieben und des Strickerhandwerks geworden sind?
VI. 4.	Abgeordneter **Kurlbaum**	Hält die Bundesregierung die angekündigte Erhöhung der Margarinepreise und die von der Margarineindustrie gegebene Begründung für berechtigt?
VI. 5.	Abgeordneter **Kurlbaum**	Ist die Bundesregierung angesichts der durch die Margarineindustrie angekündigten Preiserhöhung immer noch der Auffassung, daß eine Reform der Bestimmungen über marktbeherrschende Unternehmen im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen nicht vordringlich ist?

VI.	6. Abgeordneter **Kurlbaum**	Hält die Bundesregierung ihre im Bericht über Änderungen des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen vom 22. August 1962 gemachten geringfügigen Vorschläge zur Verbesserung der Mißbrauchsaufsicht über marktbeherrschende Unternehmen nach wie vor für ausreichend?
VI.	7. Abgeordneter **Porten**	Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Süddeutsche Rundfunk in der Jugendstunde des 1. Fernsehprogramms am 3. Januar 1964 um 17.00 Uhr einen sowjetzonalen Werbefilm für die „Volkspolizei" unter dem Titel „Christine und die Störche" gesendet hat?
VI.	8. Abgeordneter **Porten**	Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, damit im Rahmen des sogenannten Kulturaustausches mit der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands keine propagandistischen Hetzfilme verbreitet werden können, die der Agitation des Zonenregimes nur Vorschub leisten?

VII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

VII.	1. Abgeordneter **Reichmann**	Hat die Bundesregierung im Ministerrat in Brüssel am 23. Dezember 1963 grundsätzlich dem Mansholt-Plan zugestimmt?
VII.	2. Abgeordneter **Reichmann**	Hat die Bundesregierung bei der grundsätzlichen Zustimmung zum Mansholt-Plan bestimmte Zusicherungen gegeben, zu welchem Zeitpunkt die Getreidepreisangleichung verabschiedet und in Kraft gesetzt werden soll?
VII.	3. Abgeordneter **Reichmann**	Zu welchem Zeitpunkt hat die Bundesregierung der Umwandlung der Milchsubvention zugestimmt?
VII.	4. Abgeordneter **Dr. Ramminger**	Kann die Bundesregierung schon Angaben machen über die Höhe der in den Jahren 1962 und 1963 eingegangenen Abschöpfungsbeträge für Einfuhren von Agrarprodukten, die Gemeinschaftsregelungen unterliegen?
VII.	5. Abgeordneter **Dr. Ramminger**	Wie wurden die in den Jahren 1962 und 1963 eingegangenen Abschöpfungsbeträge für Einfuhren von Agrarprodukten, die Gemeinschaftsregelungen unterliegen, verwendet?
VII.	6. Abgeordneter **Dröscher**	Mit welcher Erhöhung der deutschen Teigwarenpreise ist zu rechnen, nachdem im Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie im Außenhandelsausschuß mit Mehrheit beschlossen worden ist, den von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf einer Dritten Verordnung über die Verringerung von Abschöpfungssätzen bei der Einfuhr von Eiprodukten abzulehnen?

VII. 7. Abgeordneter **Saxowski**

Treffen die Presseberichte zu, wonach im vergangenen Jahr Rindfleischkonserven, die aus Reservebeständen der Einfuhr- und Vorratsstelle turnusmäßig zu einem Einzelhandelspreis von 1,20 DM je Dose an den Einzelhandel abgegeben wurden, anfangs von diesem zu 1,45 DM, später zu 1,60 DM bis 1,70 DM und Ende vergangenen Jahres zu 2,18 DM verkauft wurden?

VII. 8. Abgeordneter **Saxowski**

Was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls zu tun, um bei der bevorstehenden Vorratswälzung derartige, in Frage VII/7 geschilderte Preisauftriebe zu verhindern?

VII. 9. Abgeordneter **Leicht**

Beabsichtigt die Bundesregierung, das Forschungsinstitut für Rebenzüchtung, Geilweilerhof bei Siebeldingen, als wissenschaftliches Institut dem an der landwirtschaftlichen Hochschule in Hohenheim errichteten neuen Lehrstuhl für Weinbau zuzuordnen?

VII. 10. Abgeordneter **Dr. Rinderspacher**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die EWG-Kommission die Zahl der Handelsplätze erheblich zu verringern trachtet, was z. B. die Aufhebung der Südbadischen Interventionspunkte Bad Krozingen, Donaueschingen und Stockach zur Folge hätte?

VII. 11. Abgeordneter **Dr. Rinderspacher**

Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Badischen Landwirtschaftlichen Hauptverbandes und der Badischen Landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft, daß durch die Aufhebung der Interventionspunkte die Erzeugerpreise zusätzlich um 2 DM je 100 kg gedrückt werden?

VII. 12. Abgeordneter **Dr. Rinderspacher**

Sieht die Bundesregierung Möglichkeiten, die in Frage VII/10 genannte Aufhebung der Handelsplätze in Südbaden zu verhindern?

VIII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

VIII. 1. Abgeordneter **Baier (Mosbach)**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß der österreichische Rentenversicherungsträger bei Renten an deutsche Staatsbürger, die in der Bundesrepublik wohnhaft sind, einen Beitrag für die Krankenversicherung einbehält, obgleich diese Rentenbezieher, weil sie in der Bundesrepublik wohnhaft sind, keine Leistungen der österreichischen Krankenversicherung in Anspruch nehmen können?

VIII. 2. Abgeordneter **Baier (Mosbach)**

Was hat die Bundesregierung unternommen, um die volle Rentenauszahlung durch den österreichischen Rentenversicherungsträger an die in der Bundesrepublik wohnhaften rentenberechtigten Bürger sicherzustellen?

VIII.	3. Abgeordneter **Jahn**	Wie ist der Stand der Vorarbeiten zu einem Entwurf eines Deutschen Arbeitsgesetzbuches, deren Einleitung der 3. Bundestag in der Sitzung vom 2. Dezember 1959 einstimmig gefordert hat?
VIII.	4. Abgeordneter **Jahn**	Hat das Sachverständigengremium, das nach den Ausführungen des Vertreters des Bundesarbeitsministeriums in der Sitzung des Bundestagsausschusses für Arbeit vom 18. Januar 1962 gebildet werden sollte, um die zuständigen Ministerien bei den Vorarbeiten zu einem Entwurf eines Deutschen Arbeitsgesetzbuches zu unterstützen, die Tätigkeit inzwischen aufgenommen?
VIII.	5. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Offenbach)**	Sind der Bundesregierung Untersuchungen über das Auftreten der chronischen Emphysem-Bronchitis, insbesondere bei älteren Bergleuten, bekannt?
VIII.	6. Abgeordneter **Fritsch**	Worauf ist die Zahl von rd. 54 000 derzeit unerledigter Versorgungsanträge in der Kriegsopferversorgung im wesentlichen zurückzuführen?
VIII.	7. Abgeordneter **Maucher**	Sind Personen — sei es auch die Ehefrau —, die einen Schwerstbeschädigten, der eine Pflegezulage nach den Stufen III bis V erhält, Hilfe leisten, auch dann gesetzlich unfallversichert, wenn sie die Hilfe unentgeltlich leisten?
VIII.	8. Abgeordneter **Maucher**	Wenn solche in Frage VIII/7 bezeichnete Personen nicht in allen Fällen gesetzlich unfallversichert sind, auf welche Weise könnte eine Unfallversicherung dieser Personen sichergestellt werden?
VIII.	9. Abgeordneter **Peiter**	Teilt die Bundesregierung die Vorstellungen eines Versorgungsamtes, daß ohne Vorlage der durch Kriegseinwirkung verlorengegangenen Krankenpapiere ein Kb.-Verfahren nicht durchgeführt werden kann, obwohl die Krankenbuchauszüge vorliegen?

IX. Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

IX.	1. Abgeordneter **Wellmann**	In welchem Umfang sind nach Inkrafttreten der Verpflichtung für alle Pkw-Besitzer, in ihren Wagen eine zusätzliche Diebstahlsicherung einzubauen, die Diebstähle von Personenkraftwagen zurückgegangen?

IX.	2. Abgeordneter **Strohmayr**	Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Zahl der von den europäischen Eisenbahnverwaltungen an Nord- und Südamerikaner ausgegebenen sogenannten Eurailpässe seit der Einführung im Jahre 1959 von 5000 auf 30 000 im Jahre 1963 zugenommen hat?
IX.	3. Abgeordneter **Strohmayr**	Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, bei der Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn dafür einzutreten, daß die Deutsche Bundesbahn mit den befreundeten europäischen Eisenbahnverwaltungen Verhandlungen aufnimmt mit dem Ziel, auch Europäern den Kauf von „Eurailpässen" zu angemessenen Preisen zu ermöglichen?
IX.	4. Abgeordneter **Hörmann (Freiburg)**	Welche Pläne bestehen beim Bundesverkehrsministerium zur Beseitigung der verkehrsbehindernden und verkehrsgefährdenden Ortsdurchfahrten der B 3 in Schallstadt, Wolfenweiler und Norsingen bei Freiburg?
IX.	5. Abgeordneter **Kaffka**	Ist der Bundesregierung bekannt, daß durch die in Aussicht genommene Stillegung der Bahnlinie Hornbach—Zweibrücken der Grenzraum Zweibrücken—Pirmasens verkehrsmäßig noch stärker benachteiligt werden wird, als dies jetzt bereits der Fall ist?
IX.	6. Abgeordneter **Felder**	Wann werden nach der Meinung des Bundesverkehrsministeriums die restlichen Baustufen der Queralpenstraße in Angriff genommen?
IX.	7. Abgeordneter **Felder**	Steht der Herr Bundesverkehrsminister heute noch zu seiner im Jahre 1959 gegebenen Zusage, die Alpenstraße von Reit im Winkl auf der Trasse der B 305 nach Bernau zu führen, oder haben inzwischen die Pläne der obersten Baubehörde, die eine Streckenführung über österreichisches Gebiet vorsehen, Vorrang gewonnen?

X. Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

X.	1. Abgeordnete **Frau Dr. Kiep-Altenloh**	Ist der Bundesregierung bekannt, daß auch in entlegenen Landbezirken die Mitnahme von Kinderwagen in Postbussen teils verboten ist, teils offenbar bedingt zugelassen, aber in der Regel abgelehnt wird, auch wenn genügend Platz ist?
X.	2. Abgeordnete **Frau Dr. Kiep-Altenloh**	Hält es die Bundespost für richtig, daß bei dem in Frage X/1 geschilderten Verhalten z. B. das Aufsuchen von Fachärzten in diesen Landbezirken fast unmöglich gemacht wird?

X. 3. Abgeordnete **Frau Dr. Kiep-Altenloh**	Wie vereinbart sich die in Frage X/1 geschilderte Maßnahme mit der Familienpolitik der Bundesregierung?
X. 4. Abgeordneter **Spitzmüller**	In welcher Höhe hat der Herr Bundespostminister Mittel für die Errichtung von Fernsehsendern zur Ausstrahlung des 2. Programms für das Rechnungsjahr 1964 vorgesehen?
X. 5. Abgeordneter **Spitzmüller**	Wo sollen die geplanten Fernsehsender zur Ausstrahlung des 2. Programms errichtet werden?
X. 6. Abgeordneter **Spitzmüller**	Wann ist damit zu rechnen, daß der auf dem Brandenkopf vorgesehene Fernsehsender errichtet wird?
X. 7. Abgeordneter **Ertl**	In welcher Auflage ist der kostenlos verteilte Kalender der Deutschen Bundespost erschienen?

XI. Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheitswesen

XI. 1. Abgeordneter **Dr. Dittrich**	Trifft es zu, daß ca. 55 000 Arzneispezialitäten, die am 30. September 1961 im Handel waren, zur Registrierung beim Bundesgesundheitsamt angemeldet sind?
XI. 2. Abgeordneter **Dr. Dittrich**	Ist die Bundesregierung ebenfalls der Meinung, daß nach dem bisherigen Fortgang der Registrierung von Arzneispezialitäten etwa 15 Jahre vergehen werden, bis sämtliche angemeldete 55 000 Arzneispezialitäten registriert werden können?
XI. 3. Abgeordneter **Dr. Bechert**	Welche Folgerungen gedenkt die Bundesregierung aus der wissenschaftlich erwiesenen Tatsache zu ziehen, daß aus paraffingetränkten Verpackungen krebserzeugende Stoffe — wie Benzpyren — in die so verpackten Lebensmittel, z. B. Milch, eindringen?
XI. 4. Abgeordneter **Dr. Bechert**	Wie weit sind die Vorbereitungen für ein Garantiezeichen gediehen, welches dem Verbraucher anzeigt, daß ein aus Kunststoff ganz oder teilweise bestehender Bedarfsgegenstand als gesundheitlich unbedenklich angesehen werden kann?
XI. 5. Abgeordneter **Dr. Bechert**	Wann wird die Bundesregierung einen Gesetzentwurf vorlegen, welcher der wachsenden Gefahr von Salmonellen-Infektionen durch Geflügel, Eier und Eiprodukte Rechnung trägt, etwa durch die zwingende Vorschrift einer tierärztlichen Kontrolle von Schlachtgeflügel und Eiern?

XI.	6. Abgeordneter **Dr. Pohlenz**		Ist der Bundesregierung bekannt, ob nach Inkrafttreten des Verbotes der Verwendung von Hexamin bei der Haltbarmachung von Fischpräserven dieser Konservierungsstoff von Teilen der Fischindustrie noch weiterverwendet wird?
XI.	7. Abgeordneter **Dr. Pohlenz**		Sind die bei der Begründung der Antragstellung für die Fristverlängerung der Verwendung des Hexamins in der deutschen Fischindustrie angeführten Gefahren in irgendeiner Form sichtbar geworden?
XI.	8. Abgeordneter **Leicht**		Wie ist der Stand der Vorarbeiten zum neuen deutschen Weingesetz?
XI.	9. Abgeordneter **Leicht**		Wird die Bundesregierung den Entwurf des neuen deutschen Weingesetzes so rechtzeitig dem Bundestag vorlegen, daß er noch im Laufe dieser Legislaturperiode behandelt und verabschiedet werden kann?

Bonn, den 31. Januar 1964